

HINTERGRUND

1410 Kliniken zuviel?

Nach einer Studie des Gesundheitsökonom Karl Lauterbach sind 41 Prozent aller Klinikbetten überflüssig. **2**

GESUNDHEITSPOLITIK

Prävention in den GKV-Katalog

Beim Thema Vorsorge setzt Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt voll auf die Hausärzte. **6**

Sterben Rheumatologen aus?

Bundesweit gibt's nur noch 257 Fachärzte in Schwerpunktpraxen. Die Folge: Versorgungsengpässe. **10**

MEDIZIN

Milzabszeß durch Salmonellen



Bei immungeschwächten Personen kann eine Salmonelleninfektion auch zu extraintestinalen Abszessen führen. **11**

Bei Pankreas-Ca zählt jeder Tag

Für Betroffene ist ein schneller Therapiebeginn wichtig. Dabei spricht hohes Alter nicht generell gegen eine Op. **15**

WIRTSCHAFT

Patientenrecht auf Telemedizin

Noch zählt Telemonitoring nicht zum medizinischen Standard. Doch ein Anrecht könnte kommen. **19**

Gewinnflaute bei Biotech-Firmen

Viele Unternehmen der Branche stehen vor dem Aus, weil Investoren kein Geld mehr für sie ausgeben. **21**

PANORAMA

Mindestens einen Liter pro Tag!

Fast ein Viertel aller Schüler trinken zu wenig, warnen Ernährungswissenschaftler der Universität Paderborn. **24**

ÄRZTEZEITUNG

Leser-Service:
Tel.: (06102) 5060
Fax: (06102) 506177

Redaktion:
Tel.: (06102) 5060
Fax: (06102) 58870
(06102) 58740

In. **ZB MED**
E-mail: info@aerztezeitung.de
Web: www.aerztezeitung.de
Paßwort: arztonline

Kassendenzits und der Prävention kategorisch abgelehnt hat, sucht das Bundesgesundheitsministerium mit den Krankenkassen nach Lösungen innerhalb des Gesundheitswesens. Im Mittelpunkt steht eine Sparaktion bei Arzneimitteln.

Gestern trafen sich in Bonn BMG-Staatssekretär Klaus Theo Schröder und die GKV-Spitzenverbände, um zu beraten, wie die Folgen eines möglichen Defizits von 1,5 Milliarden Euro, nämlich steigende Beitragssätze zu Beginn des kommenden Jahres, abgewendet oder gemildert werden können.

Das Ziel ist offenbar, in den nächsten Wochen ein Gesetz zu erarbeiten, das ohne Zustimmung des Bundesrates zum Jahreswechsel in Kraft treten könnte.

Im Mittelpunkt steht dabei vor

weitere Analysen des Ausschusses der Ärzte und Krankenkassen und eines bislang geplanten Instituts zur Bewertung von Analogarzneimitteln abzuwarten, könnte der Gesetzgeber Ideen aus dem Arzneiverordnungs-Report aufgreifen und erweitern: Danach könnten auch Festbeträge für noch patentgeschützte Arzneimittel festgesetzt werden, und zwar dann, wenn die Erstsубstanz patentfrei geworden ist und sich ein Generika-Markt dafür entwickelt hat. Ergänzend dazu wäre eine Rechtsverordnung über neue Festbeträge notwendig.

Eine ähnliche Regelung war bereits bis Ende 1995 in Kraft gewesen, die wegen ihrer negativen Wirkungen auf den Pharmastandort Deutschland von der damaligen Koalition abgeschafft wurde. **Siehe auch Seite 6**

Chance auf Annäherung?

Weiterbildungsinhalte für die künftigen Hausärzte

WIESBADEN (vdb). Schaffen Allgemeinärzte und Internisten doch noch den Durchbruch? Über die inhaltliche Ausgestaltung der neuen Weiterbildung zum Hausarzt finden heute in München erneut Gespräche unter Moderation des Leiters der Weiterbildungsgremien der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. Hellmut Koch, statt. Beim letzten Treffen, Mitte September, wa-

ren die unterschiedlichen Positionen offen aufeinandergeprallt. Den danach geäußerten Vorwürfen, die Ärztagungsbeschlüsse zu blockieren, haben Berufsverband und Fachgesellschaft der Internisten widersprochen. Nach Angaben von BDI und DGIM sind die inhaltlichen Vorstellungen bereits im August der BÄK zur Verfügung gestellt worden. **Siehe auch Seite 7**

Hamburg will Lauschangriff

Hamburgs Innensenator Schill will den Verfassungsschutz bei Ver-

HAMBURG (jh). Die geplante Änderung des Hamburger Verfassungsschutzgesetzes stößt auf heftigen Widerstand. Nach einem Gesetzentwurf von Innensenator Roland Schill darf der Verfassungsschutz auch Wohnungen und Praxisräume von Ärzten belauschen lassen.

Dabei soll der Schutz von Berufsheimlichkeitsgeheimnissen nicht berücksichtigt werden. Nach dem Gesetz-

entwurf soll der Verfassungsschutz eine Wohnung oder Praxis bereits dann optisch und akustisch überwachen dürfen, wenn zum Beispiel Ärzte Kontakt mit mutmaßlichen Terroristen haben, und „für den Verdächtigen bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben“, heißt es im Entwurfstext.

Der Entwurf gehe weit über das entsprechende Bundesgesetz hinaus, kritisierte der Hamburger Da-

Sond

Einen Läuferstempelschiff gehört auch tationen zu F

KVen Rot-G

BERLIN (H). Die Forderung der Kas... Widerstand... grünen Ko... sollte diese v... stellungsau... schneiden. I... fentlichten... zenden der... sammlungen... sich „bei de... Eingriffen... Mitteln zur... sionen oder... fe darf die S... tatenlos hin...

Würden K... gemeinsamen... durch poli... schwächt, d... nigen KVen... organisation... dehnt. Sie r... antwortung... Versorgung

tenschutzbe

Hermann S... verhältnisse... wälten, Jou... chen dürft... werden, we... dacht verfa... strebungen... gennehmen... Mitteilunge... Überwachu... Hamburg... dent Dr. Fra